

# Halle'sches Tageblatt.



Erscheint täglich Nachmittags  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.

Abonnementpreis  
vierteljährlich für Halle und durch  
den Postweg 2 Mark.

Ämliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Zur Verlage von Reinhold Nietschmann.  
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschluss Nr. 289.

Insertionspreis  
für die fünfgehaltene Corpu-  
seite oder deren Raum 12 Pf.

Reklamen  
vor dem Tagesanbruch die drei-  
gehaltene Zeile oder deren  
Raum 30 Pf.

Nr. 37.

Donnerstag, den 13. Februar 1890.

91. Jahrgang.

## Die Abkommandirung beim Sozialisten- gesetz im Jahre 1884.

— x. Halle, 12. Februar.

Wenn Jemand im politischen Leben öffentlich sich anders  
gibt, als er im Innern denkt, so nennt man das „poli-  
tische Heuchelei“. Letztere spielt gerade bei der Frage des  
Sozialistengesetzes eine gewisse Rolle. Gar mancher Frei-  
sinnige fühlt im Herzen namenlose Angst und Bellemmung  
beim Anblick des Anwachsens der Sozialdemokratie, wäh-  
rend er in Versammlungen mannschaft gegen das angelegliche  
Ausnahmegesetz donnert. Verläßt er sich doch darauf,  
daß die „reaktionären“ Parteien schließlich dafür sorgen  
werden, daß es ihm nicht an den Krügen geht! Weislich  
allerdings wird die Lage, wenn die Majorität für das  
Sozialistengesetz nicht ohnehin gesichert ist, und Majori-  
tät Bindhorst Richter in der Hand gehabt hätte, das  
Gesetz zu Falle zu bringen, falls es ihr damit wirklich  
ernst gewesen wäre. Allein der Mannesmutige Freisinnige  
wüßte sich zu helfen. Man konnte ja eine Anzahl Leute  
abkommandiren und dadurch die „reaktionäre“ Mehrheit  
wieder herstellen. Und so geschah's! Bei der Abstimmung  
am 10. Mai 1884 fehlten nicht weniger als 13 freisinnige  
Abgeordnete. Freilich wurde bestritten, daß dies eine plan-  
mäßige Abkommandirung gewesen sei. Aber Vögen haben  
bestimmlich fürzueine und so konnte es nicht ausbleiben,  
daß durch die demokratische Berliner Volkszeitung bald  
der unumstößliche Beweis geliefert wurde, daß jene fehlen-  
den Abgeordneten nicht aus eigenem Antriebe fortgeblieben  
waren. Die genannte Zeitung veröffentlichte in ihrer  
Nr. 15 vom Jahre 1885 einen Briefwechsel, den ihr  
Redakteur, der altfortschrittliche Reichstagsabgeordnete  
Philipp, mit dem damaligen deutschfreisinnigen Reichs-  
tagsmitglied Herrn Kämpfer-Altenburg gehabt hatte.  
Da Herr Dr. Otto Hermes noch neulich in einer Ver-  
sammlung in Zeuchers die — Klugheit hatte, die Ab-  
kommandirung als ein Wagnis zu bezeichnen, so dürfte  
es nicht uninteressant sein, jene Briefe wieder abzu-  
drucken, sei es auch nur um Herrn Dr. Hermes das Handwerk zu  
legen. Die Briefe lauten:

Berlin, 9. Dezember 1884. lieber Kämpfer! Schicken  
Sie mir doch, bitte, eine Erklärung über die Vorgänge bei  
der Abstimmung über das Sozialistengesetz, die ich, wenn es  
Noth thut, publiziren kann. Wenden will das Gleiche thun.  
Wenn wir nicht mit den Namen und allen Details her-  
auskommen, kommen wir in eine schlechte Lage. Wenn Sie  
wünschen — was ich indess nach der Lage der Sache nicht  
annehme — brachten Sie Name nicht genannt, sondern nur  
bemerkte zu werden, daß der Schreiber, ein tüchtiger Abgeord-  
neter, bereit sei, die Wahrheit der Schilderung zu bezeugen.  
(ges.) Philipp.

Leipzig, 10. Dezember 1884. lieber Philipp! Wären  
erzählte mir, daß Fraktionsgenossen, von welchen be-  
kannt, daß sie Gegner des Sozialistengesetzes, Briefe von der  
Parteilung unterzeichnet: „Im Auftrag: Dr. Hermes“  
erhalten hätten, des Inhalts, daß ihre Anwesenheit bei  
der Abstimmung über das Gesetz nicht nöthig sei  
und bezeichnete mir als solchen die Namen: Wilmers-  
Berlin. Dieser, von mir hierüber interpellirt, bestritt die  
Richtigkeit der Angabe mit dem Bemerken, daß nach 10 oder 12  
anderen Collegen gleichlautende Briefe zugegangen wären.  
Dass Hermes von mir befragt, in wessen Auftrag er diese  
Briefe geschrieben, antwortete: „Am, in Eugen's Namen“.  
Das ist Alles, was ich über die Affäre weiß und bin  
ich, da mit von seiner Seite Erklärung aufzulegen werden ist,  
auch erbitte, mit meinem Namen hervorzutreten wenn ich  
der Erwartung von den Betheiligten meine Aussagen befrachten  
werden sollten. (ges.) Kämpfer.

Diesem Erklärungsmaterial gegenüber noch ein Wort  
über die Ablegung des Herrn Dr. Hermes verlieren,  
wäre überflüssig. Möge der Freisinn sich auch fernhin  
in die Brust wehren und gegen das abscheuliche Ausnah-  
megesetz seine Bannstrahlen schleudern. Ob er damit bei der  
deutschen Wählerchaft auch Glauben finden wird? „Seid  
nur still, ihr habt abkommandirt“ dürfte ihm von  
mehr als einer Seite entgegenzutreten werden.

## Politische und Tages-Chronik.

Berlin, 11. Februar. Die sozialdemokratische  
Kundgebung am 1. Mai wird sich auf Versammlungen  
beschränken. Die zahlreich geplanten Arbeitseinstellun-  
gen für diesen Tag werden unterbleiben.

Am heutigen Vormittage unternahm S. Majestät  
der Kaiser und Königt um 8 1/2 Uhr eine Ausfahrt  
und demnachst einen Spaziergang im Tiergarten, von  
wo Allerhöchstselbe gegen 10 Uhr nach dem künigl.  
Schloß zurückkehrte. Bald darauf empfing der Kaiser  
zu längerem Vortrage den Staatssekretär des Reichens,  
Staatsminister Grafen Herbert Bismarck, und arbeitete  
darauf von 10 1/2 Uhr ab mit dem kommandirenden Ad-  
miral, Viceadmiral Freiherrn v. d. Goltz, dem Staats-

sekretär im Reichsmarine-Amt Contreadmiral Heuser, und  
dem Chef des Marineministeriums, Capitän zur See Frei-  
herrn v. Senden-Bibran. Von Mittags 12 Uhr ab  
hörte der Kaiser dann den längeren Vortrag des Chefs  
des Militärkabinetts, Generalleutnants und Generalad-  
jutanten v. Gahrle, empfing darauf den bisherigen kom-  
mandirenden General des 5. Armeekorps, Generalleuten-  
tanten Freiherrn v. Sölgers, und nahm demnachst zahlreiche  
militärische Meldungen entgegen. — Der Kaiser empfing  
auch eine Deputation des Unken-Regiments v. Schmidt  
(1. pommer.) Nr. 4, bestehend aus dem Commandeur Oberst  
Freiherrn v. Entsch-Fürsteneck, dem Major Freiherrn v. Put-  
tamer und dem Lieutenant v. Wredau, welche die Ehre  
hatten, dem erlauchten Monarchen die Geschichte des Re-  
giments zu überreichen.

— S. M. die Kätie in Friedrich empfing gestern  
den Fürstbischof Dr. Kopp von Breslau.

— Bildnisse der königlichen Familie und der  
Vorläufer derselben dürfen nach einer Anordnung des  
Kaisers nur mit besonderer Erlaubnis des Monarchen an-  
ein, wenn auch beschränkte Offenheit kommen.

— Innerhalb der preussischen Ministerien gehen  
die Erörterungen über die Erhöhung der Beamten-  
gehälter ihrem Abschluß entgegen, so daß die Be-  
fassung des Landtags mit dieser wichtigen Frage ziemlich  
unmittelbar nach der letzten Vertagung erfolgen kann.  
Auch hier ist die Erledigung mit mancherlei Schwierig-  
keiten verknüpft gewesen, deren Beseitigung sehr un-  
angenehme Erörterungen nöthig gemacht hat. Die zuge-  
lagte gleiche Maßnahme für die Reichsbeamten ist über-  
aus bereits in Angriff genommen und es sind die  
Vorbereitungen auch nahezu vollendet; doch läßt sich der  
Zeitpunkt der Ausführung noch nicht absehen.

— Der preussische Minister des Innern hat den  
Regierungspräsidenten v. Mitteltz Circulars die vom Ober-  
verwaltungsgericht in einer Verwaltungsstreitsache Ende  
v. J. ausgesprochenen Rechtsgrundsätze für Auflösung  
von Versammlungen mitgetheilt. Es handelt sich um  
die bekannte Solinger Kirchenversammlung, welche nach  
beleidigenden Äußerungen des Pastors Thimmel gegen  
den Erzbischof von Köln und die Magener Geistlichkeit an-  
geklagt worden war. Das Oberverwaltungsgericht hat zwar  
in den Äußerungen des Pfarrers Thimmel eine selbst  
das äußerste Maß erlaubter Kritik durch ihre Form über-  
steigende Beleidigung gefunden, die Auflösung aber trotz-  
dem nicht für berechtigt gehalten, da die Handlung Thim-  
mels keine die Versammlung zu Straftathen anreizenden  
Vorschlag oder Antrag enthielt. „So lange“, heißt es in  
der Entscheidung, „der Eingriff in die persönliche Freiheit  
die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören und zu  
deren Aufrechterhaltung allein ausreicht, ist die Polizei  
gesetzlich nicht befangen, zu diesem Zweck in die Rechte Dritter,  
hier in die der gegenwärtigen, ihr verfassungsmäßiges Ver-  
sammlungsrecht ausübenden Menge einzugreifen.“

— Die „Norddeutsche“ erklärt offiziell: Die That-  
sache, daß wegen der internationalen Konferenz  
über die Arbeiterfrage zunächst nur bei Frankreich,  
England, Belgien und der Schweiz angefragt wurde,  
entbehrte der ihr von den Vätern bezeugten besonderen  
Bedeutung. Die Arbeiterfrage sei durch den Bergwerks-  
streik in Rußland gerathen; daher werde sich  
zunächst an die Länder, in welchen ähnliche Bewegungen  
stattgefunden haben, außerdem an die Schweiz, welche die  
internationalen Regelung zuerst angeregt habe. Thatsäch-  
lich fanden aber auch bei den Regierungen anderer Län-  
der, in denen die Arbeiterfrage eine Rolle spielt, wie  
Italien, Dänemark, Schweden, vorbereitende Sondirungen  
statt.

— Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung  
des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern Dr.  
Wolfe zum Staatssekretär des Staatsraths. Mit dessen  
Stellvertretung wurde beauftragt der vortragende Rath  
im Auswärtigen Amt Geheimrath Legationsrath Dr. Kayser.  
Zu Mitgliedsen des Staatsraths wurden berufen Fürst  
Pless, Freiherr von Stumm, Geheimrath Krupp zu  
Essen, Geheimrath Dinkpeter zu Bielefeld, der Abge-  
ordnete Freiherr v. Quene, Generaldirektor Dr. Ritter  
zu Schloß Waldburg i. Schl., der Vorsitzende der Ge-  
werbesammlungen Geheimrath Jandt, Graf Douglas  
zu Hadersleben und Professor A. v. Seyden zu Berlin.

— Der frühere Stadtverordneten-Vorsitzer von Berlin,  
Ehrenbürger Rochmann, ist in der vergangenen Nacht  
im hohen Alter von 80 Jahren gestorben.  
— Die liberalenblätter bezeichnen den Verlauf  
der reichsräthlichen Placetsdebatte, worin nur Fürst  
Löwenstein gegen den ablehnenden Anschlag stimmte,  
als eine moralische Niederlage, die Centrumsblätter  
einen moralischen Sieg des Centrums. Das Haupt-  
organ des Centrums sagt, es sei offenes Geheimniß, daß  
die Regierung einen Ausweg aus den Schwierigkeiten suchte

und zum Rückzug in der Katholikenfrage bereit sei, daß  
aber die materielle Berechtigung des Placets vom Regie-  
rungsstandpunkt aus nicht in Frage gestellt werden  
sollte, milde Widerspruch und Widerspruch hervorzu-  
rufen.

Bremen, 11. Februar. Senator Otto Gildemeister  
hat gestern dem Senate sein Entlassungsgesuch ein-  
gereicht. Heute ist dasselbe genehmigt worden.

Wiesbaden, 11. Februar. Die heutige kirchliche  
Trauung der Gräfin Hatzfeld hat zu einem Conflict  
zwischen katholischer und evangelischer Geistlichkeit  
Anlaß gegeben. Die Braut ist katholisch, der Bräutigam  
evangelisch. Kaum hatte der katholische Stadtpfarrer,  
der geistliche Rath Dr. Keller, vernommen, daß der katholische  
Trauung eine protestantische Einsegnung im elterlichen  
Hause der Braut folgen werde, als er durch die Presse  
der Wichtigkeit dieser Nachricht widersprach. Nach kirchlichen  
Grundsätzen, hieß es mit der üblichen Ueberlegung in  
dieser Erklärung, werde in solchen Fällen die katholische  
Trauung nur gestattet, wenn sie die einzige sei, also eine  
protestantische weder vorhergehe, noch folge. Die Grund-  
sätze seien auch im vorliegenden Falle maßgebend gewesen.  
Die katholische Trauung hat nun stattgefunden; wie  
aber der evangelische Divisionspfarrer Comm in „Morgen Courrier“  
erklärt, hat er auch die evangelische Einsegnung  
vorgenommen.

Mech, 11. Februar. Bei der Bezirksstagswahl im  
Kanton Großmünchen wurde der deutschfreundliche Bürger-  
meister Sibille fast einstimmig gewählt.

München, 11. Februar. Die Reichsräthe nahmen nach  
längerer Debatte bezüglich des Centrumsantrags, betreffend  
die Zulassung der Receptoren, die motivirte Ta-  
gesordnung mit 29 gegen 20 Stimmen an.

Wien, 11. Februar. Die heutige Handelskammer  
beschloß ein Gesetz an die Regierung zu richten um Ein-  
führung des Zonenartices auf den Staatsbahnen und um  
Einführung eines auf den Privatbahnen, damit diese die  
gleiche Tarifform vornehmen. Die übrigen Handelskammern  
Österreichs sollen zum Anschluß an die Petition ein-  
geladen werden.

— Im Abgeordnetenhaus beantragte der Finanz-  
minister eine Anträge Steinwenders betreffend die Steuer-  
reformvorlagen. Er erklärte, daß die Vorlagen über die  
Veränderung der direkten Steuern bereits fertig gestellt ist; es handle  
sich aber nicht allein um die Herstellung eines Entwurfs für  
die Personal-Einkommensteuer, sondern es zeige sich im Laufe  
der Verhandlungen die Nothwendigkeit, das ganze System der  
Personal-Einkommen fast durchgehends von Grund auf neu anzu-  
zubauen. Die Personal-Einkommensteuer, welche demnach  
nur einen Theil der Vorlage bildet, soll nach dem Plane  
des Entwurfs das persönliche Einkommen mit dem mög-  
lichen prozentualen Steuertheile treffen, der von sechs bis fünf  
Procent bis höchstens drei Procent ansteigt. Die Verringerung der  
Einkommensteuern ist in ähnlicher Weise in Aussicht  
genommen, wie sie durch das Bundesgesetz von 1880 für die  
Gewerbswirtschafts-Genossenschaften und Vorzugsfallen ge-  
regelt wurde. Den Ausgangspunkt für die Steuerbewegung  
sollen die bilanzmäßigen Ueberschüsse bilden und es soll durch  
weitere Gestaltungen des Abzuges von Kapitalen, Ver-  
änderungen, Verfallsteuer u. von steuerpflichtigen Reins-  
erträgen den in dieser Beziehung bestehenden Beschwerden  
Rechnung getragen werden. Für die sonstigen privaten Ge-  
werbsunternehmungen wird beabsichtigt, anstatt der bisherigen  
Erwerbsteuer und Einkommensteuer erster Klasse zukünftig eine  
einheitliche Erwerbsteuer einzuführen.

— Der Finanzminister sagte weiter, der vorliegende  
Steuerentwurf schlage ähnlich wie einige ausländische Gesetze  
neuerer Zeit den Weg der Aufstellung eines neuen Steuerfußes im  
genau localisirten Artzies ein, dessen Steuerfuß im Tarife  
in bestimmter Weise sich nach äußeren Kriterien abhufen, von  
denen man einen Rückschluß auf die Ertragsfähigkeit der be-  
treffenden Unternehmungen ziehen könne. Für Ausnahmefälle,  
wo die Verhandlung nach dem üblichen Artzies unzulässig werde  
ist durch geeignete Bestimmungen besonders vorgelegt. Bei der  
Bekämpfung von Belohnungen und Dienstbesügen sei eine wesent-  
liche Aenderung nicht in Aussicht genommen. Die durch keine  
Ertragssteuer unmittelbar betroffenen Einkünfte aus Capital-  
vermögen sollten einer an Stelle der bisherigen Einkommen-  
steuer dritter Klasse tretenden Einkommensteuer unterworfen werden.  
Die Ausweisung derselben solle nur hinsichtlich derjenigen Renten  
welche schon thatsächlich bisher die Einkommensteuer dritter  
Klasse entrichteten, auch zukünftig beibehalten werden, während  
die Hauptmasse der steuerpflichtigen Renten nur mit einem be-  
deutend niedrigeren Satze getroffen werden solle. Die durch  
Specialgesetze eingeräumten Befreiungen von der Einkommen-  
steuer dritter Klasse würden auch hinsichtlich der Einkommen-  
steuer dritter Klasse erhalten bleiben. Die Personal-Einkommensteuer sei auf  
die Ertragssteuern nach Maßgabe der bestehenden Ueberbürdung  
zu verwenden. Der Steuerreformentwurf bilde also ein un-  
aufhebendes Conditio sine qua non für die Erwerbsteuer betreffende  
Theil des Entwurfs sei den Steuerbehörden der Reichsämter  
zur Begutachtung zugeordnet worden. Er habe Probebestimmungen  
vornehmen lassen. Er lege großes Gewicht auf die baldige  
Durchführung der Steuerreform und werde daher die Erhebun-  
gen beschleunigen und sobald dem Hause vorlegen. Der Ein-  
trag Steinwenders, in die Debatte einzutreten, wurde mit 104  
gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Budapest, 11. Febr. Die bulgarische Regierung  
läßt erklären, daß sie bei der Verschönerung Schul-  
gebäude ohne Rücksicht auf ihre auswärtigen Verbindungen  
strengstens bestrafen werde. Die Unternehmung stellte.

Bisher fest, daß der bis fünf Prozent des Offizierskorps corrumpt und wankend gemacht worden waren.

**Paris, 11. Februar.** Der Herzog von Orleans ist höchst ungehalten darüber, daß seine Angelegenheit gestern von den Abgeordneten der Rechten in der Kammer zur Sprache gebracht worden ist; er will augenscheinlich durchaus nicht, daß seine „rein patriotische“ Handlung den Politiken Anlaß zu Manifestationen irgend welcher Art bietet. Er erklärte ausdrücklich, nach seiner Ansicht könnten die Prätexten augenscheinlich nur im Regiment, oder im Gefängnis, oder im Exil leben. Der Abvokat des Herzogs wird in der morgigen Gerichtsverhandlung sich nicht, wie er zuerst beabsichtigte, auf den Rechtsstandpunkt stellen, sondern gewissermaßen für Begnadigung plädieren. Der Herzog wird übrigens auch selbst das Wort nehmen. „Meine Vertreibung wird nur rein militärisch, wird die Vertreibung eines Heerführers sein“, sagte er. Die Beweise von Sympathie, welche die Pariser Abvokatur für den Herzog zeigt, erregen großes Betremben; einige Blätter verlangen die diktatorische Verhaftung des Hofstehers der Anwälte, Gresson, der, obwohl er sich als Republikaner geriert, doch erklärte, eine Verurteilung des Herzogs würde die größte Ungerechtigkeit sein.

Zur Angelegenheit des verhafteten Herzogs von Orleans wird dem „B. L.“ geschrieben: Das Interessante in diesem Fall ist das ungewohnte Interesse, welches sich in allen Schichten der Pariser Gesellschaft an den geringsten die Person des jungen Prinzen betreffenden Ereignissen knüpft. Die Blätter werden geradezu verflungen, die unbedeutendsten Details werden erörtert. Man erzählt, daß der Prinz täglich ist, seine aus einem benachbarten Restaurant bezogenen Diners sind stürzlich. Ein alter Diener des Hauses Orleans hat mit der königlichen Krone und der Namensschiffre Louis Philippe's versehenes Geschätz aufgetrieben, in welchem die Speisen servirt werden. Alle diese Details interessieren selbst die Republikaner Frankreichs und mehr als die russische Allianz, Gabrielle Bonaparte und die Ministre des deutschen Kaisers. Hat doch der Vorsteher der Anwälte, Meister Gresson, ein Republikaner, dem Herzog seinen juristischen Beistand angeboten. Die Vertreibungsrede selbst wird Meister Houffe, der langjährige Anwalt des Hauses Orleans, halten. Nach einer längeren Verhandlung sind die juristischen Beistände des Herzogs über das nachstehende Vertreibungssystem einig geworden: Das neue Militärgesetz vom Jahre 1883, so werden sie ausführen, legt jedem einundzwanzig Jahre alten Franzosen die Verpflichtung auf, sich in dem Rekrutierungs-Büreau zu stellen, um seiner militärischen Verpflichtung zu genügen. Es läßt keinerlei Ausnahme zu. Auch ist in dem Militärgesetz des Artikels 4 das Ausweihungsrecht der Prinzen vom Jahre 1886, der diesen die Dienstnahme in der bewaffneten Macht Frankreichs unterlag in seiner Weise gedacht. Das Gesetz vom Jahre 1889 schließt daher, vielleicht in Folge einer Unaufmerksamkeit der Gesetzgeber, die Abschaffung des vorgedachten Artikels 4 in sich ein. Ob die Herren mit diesem Vertreibungssystem durchkommen werden, scheint mir

noch recht zweifelhaft. Vielleicht war es nicht klug von den Royalisten, den Prinzen zu verleiten, seine Angelegenheit in die Hände der Abvokaten zu legen. Hätte er sich gestern ruhig verteidigen lassen, so wäre er heut vermutlich schon, Dank der Begnadigung durch den Präsidenten der Republik, an der Schweizer oder spanischen Grenze und morgen in den Armen seiner sich doppelt abhändelnden Mutter. Mit der Hinausziehung der Verhandlung, mit der Vorbereitung einer regelrechten Vertreibung weiß man nicht recht, wohin man kommt. Wenn jetzt der junge Herzog verurteilt wird, so hat die Rechte einen Vorwand zu schreiben und zu interpellieren. Ihr Verhalten kann möglicherweise den Gnadenakt des Präsidenten verzögern.

**London, 11. Februar.** Heute fand die Parlaments-eröffnung statt. Die Thronrede bezeichnet die auswärtigen Beziehungen als fortgesetzte freundschaftliche. Sie weist auf die Entsendung einer bewaffneten portugiesischen Flotte nach Gebieten, wo britische Niederlassungen sich befinden, auf den mit Portugal verbundene Zusammenhang und die Begehung mit der Achtung vor der britischen Flagge unerbittlicher Handlungen hin. Portugal habe nimmere auf Gehör der Königin verprochen, seine Militärmacht aus diesen Gebieten zurückzuführen. Die Königin hofft, die Beratungen der brasilianer Antislaverei-Konferenz würden die Unterdrückung des Sklavenhandels fördern, erwidert den Abschluß des englisch-egyptischen Handelsabkommens, sowie des provisorischen Abkommens zur Regelung dringender fiskalischer Fragen mit Bulgarien und kündigt die Vorlage der Samoa-Convention und des Auslieferungsvertrages mit den Vereinigten Staaten an.

Der Schluß der Thronrede der Königin konträr die andauernde Besserung der Zustände Irlands und die Abnahme der Agrarverbrechen, wodurch die Einschränkung der Anwendung des Juanggesetzes ermöglicht werde. Angekündigt werden Vorlagen zur Erleichterung des Landankaufs seitens der Pächter, zur Vereinfachung lokaler Selbstverwaltung in Irland, ähnlich der bereits in Großbritannien bestehenden, ferner Vorlagen zur Verbesserung der Londoner Sanitätsverhältnisse und der Wohnungsverhältnisse der Arbeiterelassen, zur Feststellung der Haftbarkeit der Arbeitgeber bei Unfällen der Arbeiter. Die Regierung werde beantragen die Verbesserung der Unteroffiziersverhältnisse der Truppen in den Lagern und Kasernen, sowie die bessere Fürsorge für deren Gesundheit und Bequemlichkeit.

Einem Iffaboner Telegramm der „Daily News“ zufolge richteten sämtliche Großmächte an Salisbury freundliche Vorstellungen zu Gunsten Portugals, ohne auf die Streitfrage näher eingezugehen, legten es jedoch ab, weitere Schritte in der Sache zu thun.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses bringt der Exminister Harcourt die Motion ein: Die gefälligen Bannell-Briege konstituieren eine Verletzung der parlamentarischen Privilegien. Der radikale Bremer verlangt die Dringlichkeit für eine Motion in Betreff der Ver-

ungen zu Portugal und schlägt ein Schlichtungsgericht vor. Die Thronrede bespricht eine irische Sozialverwaltung.

**Iffabon, 11. Febr.** Sr. Maj. der König zeichnete 500,000 Frsch. zur nationalen Vertreibung.

Eine Bekanntmachung des Zivilgouverneurs unter sagt im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die heute zusammenberufene Versammlung im Colosseum, sowie Straßenumbildungen.

**Wlarsch, 11. Febr.** In Kurlisch sind vorgestern drei über Wlarsch eingetroffene russische Agenten verhaftet worden.

**Sofia, 11. Febr.** Stambulow beobachtet über den Verlauf der Untersuchung gegen Panitz a und Genossen unverdächtige Stillschweigen. Aus der nächsten Umgebung wird die Gesichte von der ursprünglichen Abhandlungsabsicht des Fürsten auf das Nachdrücklichste als unwahr bezeichnet, desgleichen die Meldung von der Aufhebung der Verhaftung durch Artillerieoffiziere, die den Fürsten auf die Gefahr aufmerksam gemacht hätten sollen. Der Fürst habe gar keinen Artilleristen empfangen.

Ministerpräsident Stambulow gab einem Correip. der „R. Z.“ folgende Erklärung über die Haltung der Regierung zu der Verhaftung Panitzas: „Die Regierung war längst davon unterrichtet, daß die der stehenden Ordnung feindliche Partei früher als sonst an der Arbeit sei, und sie hatte beabsichtigt, wie sich eine Verhaftung bildete, um den Fürsten und die Minister zu fügen und sie, falls sie Widerstand leisten wollten, zu tödlich. Durch die Vermittlung Krasnow's, eines früheren russischen Offiziers, der jetzt in Kurlisch wohnt, wurde Panitzas gewonnen, der sich einbildete, er habe Ursache, sich über den Fürsten und die Regierung zu beklagen. Ein ähnliches Unternehmen sollte früher bereits einmal, bald nach der Ankunft des Fürsten Ferdinand, in die Wege geleitet werden, damals aber begab Panitzas sich nach Wlarsch und erklärte dem russischen General in den Hirtoword heraus, er werde nicht gegen seinen Fürsten unternehmen. Schließlich machte ihn Sitrowo, wenigstens am Stammsitz festhalten. In neuerer Zeit erwarb machte Panitzas seine Schwierigkeiten mehr. Er warb seinerseits einige andere Offiziere und brachte sie mit Janowien in Verbindung, die gleichfalls an der Verhaftung teilnahmen. Einzelheiten waren sich darin nicht festgesetzt, wahrscheinlich hatte man die Absicht, den Fürsten während seines genöthigten Spazierganges nach dem einige Kilometer von der Hauptstadt entfernten Witsoe aufzuhalten und die Minister in ihren Wohnungen festzunehmen. Die Regierung war von allem unterrichtet und traf die nöthigen Vorkehrungen, sie glaubte indessen nicht, daß aus lo entscheidenden Elementen sich zusammenlegenden Verhaftungen — Panitzas im Munde mit Janowien selbst Karawellenen — die nur in ihrem Haß gegen die bestehende Regierung einig waren, ihren Plan ausführen würden. Schließlich aber gingen der Regierung Nachrichten zu, die gewisse Ereignisse antizipierten und vernünftigen ließen, daß die Verhaftungen zur Ausführung ihrer verbrecherischen Absichten schreiten würden. Um nicht

### 33] Dunkle Gestalten.

Roman von F. de Boisgobey.

„Nein, ich führe dich ins Maison d'or. Die Kneipe ist sehr gut, aber das sieht mich heute Abend eigentlich weniger hin. Was mich huziert, das sind die Burggrafen.“

„Die Burggrafen?“

„Ja, so nennt man nämlich die Bekemänner, die die Prinzessin überführt haben. Sie sind dem Restaurant ihrer Augen trüb geblieben und tranken da auf das Wohl ihrer alten jungen Weiber.“

„Geh' zu, was sollen wir aber da?“

„Simauca und St. Galmier haben den Erbeig, auch Burggrafen aus Amerika zu sein. Sie essen gern in guter Gesellschaft, und ich weiß sicher, daß wir sie in einer bestimmten Ecke des ersten Saales finden werden. Wenn wir uns in ihre Nähe placieren, werden wir ihre Unterhaltung hören.“

„Die wird mir kein Vergnügen machen.“

„Da täuschst Du dich sehr, ich werde die Unterhaltung auf einen so interessanten Gegenstand lenken, daß Du nicht beauern wirst, bei ihnen zu sitzen.“

„Ah, jetzt erinnere ich mich, daß die Dage neben der Julia's hatten. Ich bin so zerstreut.“

„Nun dafür habe ich Ruhe und Behaglichkeit für Zwei. Daß mich nur machen.“

„Sie traten in das Restaurant.“

Simauca und St. Galmier saßen bei Selt und Aulstern. Sie schienen guter Laune. Von Weitem schon rief der Ertere etwas anmir:

„Ah, sieh da, Herr Nointel! Das ist ja ein Ereignis.“

„Ein glückliches Ereignis“, sagte der Doctor aus Canada hinzu. „Und Herr Darcy auch! Nun, das Fest ist vollständig! Ich hoffe, daß wir Nachbarschaft machen werden.“

„Geh' gern“, erwiderte der Hauptmann. „Wir können sogar ein Pfund machen, wenn es Ihnen angenehm ist. Ich denk, es ist noch Zeit. Sie fangen mit Ihrem Diner gerade an.“

„Wir fangen wieder an, wenn es sein muß, um das Vergnügen zu haben, mit Ihnen zu speisen.“

„Unnützig, mein lieber General. Wir werden uns Ihrem Mann anschließen. Ich bin überzeugt, daß es famos wird!“

„Ich habe es zusammengestellt“, sagte Galmier beiseiden. „Nach den Aufzügen werden wir eine Krasstuppe haben, dann als Reteve Karpen a la Chambord, dann gebratene Wacheln, eine Platte Rostschinken und als Entremet eine Eisgugel mit Schwarzbrod, das ist eine Neuheit, für

die ich Mellem mache, eine Specialität aus Canada. Als Wein Natour blange zu den Aufzügen und Fischen, Chateau-Laroque um die Wachteln zu rösten, und als Schlußwein Cliquot.“

„Ausgezeichnet, Doctor! Wenn ich von hier mit einer Indigestion fortgehe, werde ich Ihre Hilfe in Anspruch nehmen.“

„Fürchten Sie nichts, Hauptmann. Die Diners, die ich zusammenstelle, schaden den Magen nichts. Ich werde also für vier Bekemänner.“

Nointel hatte sich an die Seite des Generals gesetzt, Darcy seinem Freunde gegenüber links.

Der Freund Bertha's strengte sich an, fröhlich zu erscheinen, aber es gelang ihm nicht; er mußte hier im glänzenden Restaurant an reichgezierter Tafel an die Jelle denken, in der die arme Bertha saß, an die Jelle in St. Lazare.

„Welcher günstige Wind hat Sie hierher geführt, meine Herren?“ fragte Simauca. „Wir haben Sie hier nie gesehen.“

„Das ist wahr. Ich habe die Gewohnheit, zu Hause zu essen, meine Köchin ist eine Künstlerin in ihrer Art. Heute Abend aber wollte ich meinem Freunde Darcy (zu Liebe anderswo essen. Darcy ist ichvermuthlich, er muß sich zerstreuen.“

„Ich verstehe es“, sagte Simauca, „das tragische Ende von Madame d'Orival ist Ihnen nahe gegangen.“

Nointel warf seinem Freunde einen Blick zu, welcher sagen wollte:

„Siehst Du, er kommt von selbst. Halte Dich gut.“

„Ja“, antwortete Darcy, den richtigen Ton der Betrübnis findend, „es ging mir sehr nahe. Ich hatte zwar eben mit der armen Julia gebröchen, aber ich bewachte ihr ein treues Andenken. Die Nachricht hat mich tief erschüttert.“

„Auch uns hat sie umso mehr betroffen, als wir auf dem Ball eine Dage neben deren Armen hatten, wir haben sie allerdings in ihrem schwarzweißen Kostüm nicht erkannt. Man erzählte uns dann, daß das Verbrechen kurz nach anferem Weggange veridit sein mußte. Wenn wir doch nur etwas länger geblieben wären. Vielleicht hätten wir den Mörder in seiner Arbeit gefidert.“

„Die Mörderin, mein lieber General“, berichtete St. Galmier lächelnd. „Sie wissen wohl, daß es eine Frau ist, und daß wir die Kunde gegeben haben. Wenn ich daran denke, daß ich in der Nähe einer Person war, die vielleicht nächstens schon auf dem Schaffot enden wird, dann überläßt sie mich eiskalt.“

„Die Suppe ist delicia“, aber nicht genug gepfeffert. — Gut, daß man sie hat.“

„Die Suppe?“

„Nein, die Mörderin. Ich glaube fest, daß wir noch werden Zeugen sein müssen, Simauca und ich. Wenn sie mir gezeigt wird, dann erkenne ich sie wieder, allerdings, wenn man sie mir im Domino präsentirt — ich habe mich ihre ganze Tourneure, ihre Haltung gemerkt. — O, ich sehe schon die Karpen a la Chambord kommen. Ein Glas Cliquot, meine Herren! — Aber Herr Darcy macht noch immer sein trauriges Gesicht. Ja, es ist auch so traurig. So jung, so schön und so reich! und doch so elendiglich unglücklich. Welche Action wird man da übrigens nächstens auf dem Boulevard Malesherbes haben! Ich glaube, man wird Alles verkaufen, denn es scheint, daß Madame d'Orival weder Testament noch Verwandte hinterläßt. Sie war ein natürliches Kind. Der Fiskus wird Alles erben. O, von den Säckelchen, die die Frau hatte, möchte ich mir ein schönes Andenken. Ich sah da bei ihr eine Holzschürze recht Louis XV., ein Kunstwerk ersten Ranges.“

„Sie waren einmal bei Julia?“ fragte Darcy.

„Erst letzten Dienstag, den Tag nach dem Selbstmord Golymines. Sie ließ mich ruhen, weil sie einen Nervenanfall hatte. Sie wissen, ich habe eine Methode speziell für Nervenschwäche.“

Darcy dachte:

„Es ist merkwürdig, daß Julia St. Galmier ruhen ließ, obwohl ich ihr das Aller schlimmste von diesem Charlatan erzählte.“

„Mein Gott“, seufzte Simauca, „da mein Freund gerade den Namen dieses unglücklichen Golymines nannte, muß ich eine Idee aussprechen, die mir da eben gekommen ist. Glauben Sie nicht Alles, daß das traurige Ende des Grafen Madame d'Orival Unrecht gebracht hat?“

„Sind Sie abergläubisch, General?“ fragte Nointel.

„Nein, aber ich bin tropptig von dieser eigentümlichen Aufeinanderfolge des Todes nach dem Selbstmord — einem Selbstmord, an dem sie Schuld trug.“

„Nun da will ich Ihnen etwas Andres sagen. Ich glaube, daß die d'Orival Geheimnisse von Golymines kannte, daß sie die schlechte Idee hatte, eines davon auszubuten, und daß sie von einer Frau getödtet wurde, die früher die Bekette des Polen war. Was meinen Sie dazu, General?“ fragte Nointel, Simauca sehr fitend.

„Ich glaube, daß Sie sich irren“, sagte Simauca mit einem gewissen Jögern und schändend etwas flüchtig geworden. „Wenn Golymines Geheimnisse dieser Art beiseiden hätte. Dann würde er sie am allerwenigsten der d'Orival anvertraut haben.“

(Fortsetzung folgt.)



